

**Zweites Thüringer Gesetz
zur Anpassung des kommunalen Finanzausgleichs**

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1
Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes**

Das Thüringer Finanzausgleichsgesetz vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 5), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 3a Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Der Anteil der Kommunen nach dem Partnerschaftsgrundsatz an der Summe nach Satz 1 beträgt 35,30 vom Hundert.“

b) Abs. 3a Satz 4 entfällt.

2. § 7a erhält folgende Fassung:

„§ 7a

Kompensation des Verlustes durch die Anpassung der Hauptansatzstaffel ab dem Jahr 2020

Gemeinden, für die im Jahr 2020 durch die Neufassung der Hauptansatzstaffel nach § 9 Abs. 1 zum 1. Januar 2020 geringere Schlüsselzuweisungen als bei einer Fortgeltung der bis zum 31. Dezember 2019 maßgeblichen Hauptansatzstaffel festgesetzt werden, erhalten im Jahr 2020 Zuweisungen in Höhe des Verlustbetrages; Zugewinne durch die Anpassung der Hauptansatzstaffel werden nicht berücksichtigt. § 11 Abs. 2 gilt entsprechend. Mehr- oder Minderausgaben gegenüber dem Haushaltsansatz erfolgen zu Lasten oder zu Gunsten des Landesausgleichsstocks.

3. § 9 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Durch einen Vomhundertsatz (Hauptansatzstaffel) bezogen auf die Einwohnerzahl wird der Hauptansatz errechnet. Es gilt folgende Hauptansatzstaffel:

Einwohnerzahl		Vomhundertsatz			
	1	bis	3 000	100	
über	3 000	bis	5 000	100	bis 115
über	5 000	bis	10 000	115	bis 120
über	10 000	bis	20 000	120	bis 135

über	20 000	bis	50 000	135	bis	140
über	50 000	bis	100 000	140	bis	145
über	100 000	bis	200 000	145	bis	155
über	200 000	bis	300 000	155	bis	165

Im Rahmen dieser Hauptansatzstaffel wird innerhalb der Gemeindegrößenklasse unter Zugrundlegung der tatsächlichen Einwohnerzahl interpoliert.“

4. § 23 wird wie folgt geändert

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die kreisfreien Städte, die Landkreise, die Großen Kreisstädte, die großen kreisangehörigen Städte, die Verwaltungsgemeinschaften, die erfüllenden Gemeinden und sonstige selbständige Gemeinden erhalten als Ausgleich für ihre Mehrbelastungen, die ihnen durch die Wahrnehmung übertragener staatlicher Aufgaben nach Artikel 93 Abs. 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 91 Abs. 3 der Verfassung des Freistaats Thüringen entstehen, pauschale steuerkraft- oder umlagekraftunabhängige allgemeine Finanzaufweisungen je Einwohner in Höhe von:

Kommunaler Träger	Jahr 2020
1. Kreisfreie Städte	139 Euro,
2. Landkreise	100 Euro,
3. Große Kreisstädte, Große kreisangehörige Städte	49 Euro,
4. Verwaltungsgemeinschaften, erfüllende Gemeinden und sonstige selbständige Gemeinden	37 Euro.

Die Zuweisungen werden durch Vervielfältigung der Beträge nach Satz 1 mit der nach § 30 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 und 2 bestimmten Einwohnerzahl ermittelt. Die Einwohnerzahl der Verwaltungsgemeinschaften nach Satz 1 Nr. 4 bestimmt sich nach der Einwohnerzahl der Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft. Die Einwohnerzahlen der erfüllenden Gemeinden nach Satz 1 Nr. 4 bestimmt sich aus der Summe der beauftragenden Gemeinden und der erfüllenden Gemeinde.“

b) Absatz 1a erhält folgende Fassung

„(1a) Der Betrag je Einwohner nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 4 ist jeweils zu erhöhen, soweit Verwaltungsgemeinschaften, erfüllende Gemeinden und sonstige selbständige Gemeinden zum 1. Januar eines Ausgleichsjahres die nachfolgenden Aufgaben wahrnehmen, für die Zuständigkeiten:

1. nach § 2 der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Straßenverkehrsrechts vom 13. Februar 2007 (GVBl. S. 11) in der jeweils geltenden Fassung um 1,70 Euro,
2. nach § 1 der Thüringer Zuständigkeitsermächtigungsverordnung Gewerbe vom 9. Januar 1992 (GVBl. S. 45) in der jeweils geltenden Fassung um 3,21 Euro,

3. nach § 1 der Thüringer Verordnung zur Übertragung von Ermächtigungen und zur Bestimmung von Zuständigkeiten im Wohngeldbereich vom 24. Juli 2007 (GVBl. S. 96) in der jeweils geltenden Fassung um 5,28 Euro,
 4. nach § 1 der Thüringer Wohnraumförderzuständigkeitsverordnung vom 5. März 2013 (GVBl. S. 64) in der jeweils geltenden Fassung um 0,82 Euro.
- Der Betrag je Einwohner nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 ist entsprechend Satz 1 zu erhöhen, soweit Große Kreisstädte und Große kreisangehörige Städte Aufgaben nach Satz 1 Nr. 3 oder 4 wahrnehmen. Für die Fortschreibung der Beträge nach Satz 1 gilt Absatz 4 entsprechend, das Ergebnis ist auf volle Cent-Beträge zu runden.“

c) Abs. 5 Satz 5 entfällt.

5. § 24 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Nummer 4 erhält folgende Fassung:

„4. die Förderung der Bemühungen der Gemeinden und Landkreise darum, ihre Aufgaben durch kommunale Zusammenarbeit unter den gestiegenen Anforderungen ebenso gut zu erfüllen wie bisher oder die Qualität der Aufgabenerfüllung noch zu verbessern. Wirtschaftlichkeitsgrundsätze sind dabei von hervorgehobener Bedeutung.

Gefördert werden können:

a) die freiwillige kommunale Zusammenarbeit

- von in der Regel mindestens drei Gemeinden oder Landkreisen,
- auf der Grundlage eines Vertrags oder einer Satzung,
- in einem Aufgabenbereich, in dem bisher keiner der Beteiligten miteinander zusammengearbeitet hat,
- wenn für die Benutzung der betroffenen öffentlichen Einrichtung keine kommunalen Abgaben nach den Regelungen des Thüringer Kommunalabgabengesetzes erhoben werden,
- diese nicht im Zusammenhang mit gemeindlichen Unternehmen nach §§ 71 ff. ThürKO steht und
- diese auf eine Dauer von mindestens fünf Jahren gerichtet ist.

Als Zuwendung kann einmalig ein allgemeiner, zweckgebundener, nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt werden, der höchstens 500.000 Euro beträgt. Die Höhe der Zuwendung ist insbesondere abhängig von der Einwohnerzahl der an der kommunalen Zusammenarbeit beteiligten Gemeinden oder Landkreise und von der regionalen Bedeutung der kommunalen Zusammenarbeit;

b) Gutachten, die die Möglichkeiten und Voraussetzungen einer kommunalen Zusammenarbeit im Sinne des Buchstabens a) untersuchen. Als Zuwendung kann ein allgemeiner, zweckgebundener, nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 75 vom Hundert der Honorarkosten einschließlich Nebenkosten für die Erarbeitung des Gutachtens gewährt werden, höchstens jedoch 30.000 Euro. Sofern im Anschluss an die Erarbeitung des Gutachtens eine Förderung dieser kommunalen Zusammenarbeit nach Buchstabe a) erfolgt, kann nachträglich eine Zuwendung in Höhe des Ei-

genanteils der Zuwendungsempfänger an den Honorarkosten für die Erarbeitung des Gutachtens gewährt werden, höchstens jedoch 10.000 Euro.

Für die Bewilligung einer Zuwendung nach Buchstabe a) oder b) bedarf es eines gemeinsamen, schriftlichen, nicht formgebundenen Antrags aller an der beabsichtigten Zusammenarbeit oder dem Gutachten beteiligten Gemeinden oder Landkreise, der für das laufende Haushaltsjahr bis spätestens 15. September und im Haushaltsjahr 2019 bis spätestens 31. Oktober 2019 der Bewilligungsbehörde zugehen muss. Das Thüringer Landesverwaltungsamt ist Bewilligungsbehörde und kann weitere Unterlagen für die Antragsbearbeitung anfordern.

Ab dem Jahr 2019 stehen für diese Förderungen jährlich fünf Millionen Euro aus Mitteln des Landesausgleichsstocks zur Verfügung.“

b) Absatz 4 erhält folgende Fassung:

„(4) Das für kommunale Angelegenheiten zuständige Ministerium erlässt im Einvernehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium die erforderlichen Verwaltungsvorschriften über das Antrags- und Bewilligungsverfahren sowie die Verteilung und Verwendung der Mittel für Bedarfszuweisungen nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3.“

6. § 25 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„Ist die Summe der Umlagegrundlagen negativ, hat die kreisangehörige Gemeinde einen Erstattungsanspruch.“

7. § 28 Abs. 2 Satz 2 wird gestrichen.

8. In § 32 Abs. 1 Satz 2 wird vor dem Wort „unrichtige“ das Wort „vorsätzlich“ eingefügt.

Artikel 2 **Änderung des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes**

Das Thüringer Finanzausgleichsgesetz vom 31. Januar 2013 (GVBl. S. 10), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 5), wird wie folgt geändert:

§ 3 wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„Gemeinden und Landkreise erhalten vom Land Zuweisungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben aus den Anteilen des Landes aus dem Aufkommen an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer (Gemeinschaftsteuern), dem Aufkommen aus den Landessteuern einschließlich der Einnahmen nach dem Gesetz zur Regelung der finanziellen Kompensation zugunsten der Länder infolge der Übertragung der Ertragshoheit der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund vom 29. Mai 2009 (BGBl. I S. 1170) in der jeweils geltenden Fassung, dem Aufkommen aus dem Landesanteil der Gewerbesteuerumlage, den Fehlbetrags-Bundesergänzungszuweisungen nach § 11 Abs. 2 des Finanzausgleichsgesetzes, Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wegen struktureller Arbeitslosigkeit nach § 11 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes sowie Bundesergänzungszuweisungen zum Ausgleich besonders geringer kommunaler Steuerkraft nach § 11 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes.

2. Abs. 3a Satz 1 wird wie folgt geändert:

„Aus den eigenen Einnahmen der Kommunen nach Absatz 3 im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres und der zwei davor liegenden Jahre sowie den Einnahmen des Landes nach Absatz 1 im Durchschnitt des vorangegangenen Jahres und der zwei davorliegenden Jahre wird die Summe gebildet; bis einschließlich des Jahres 2019 sind die Einnahmen des Landes nach Absatz 1 in der bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Fassung anzusetzen.“

Artikel 3 Inkrafttreten

(1) Artikel 1 dieses Gesetz tritt vorbehaltlich des Absatzes 2 am 1. Januar 2020 in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 5 tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(3) Artikel 2 dieses Gesetzes am 1. Januar 2021 in Kraft.